

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/22

Bonn, den 3. Februar 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 MOSKAU-WARSCHAU-BONN 55

Es gilt, den Frieden in Europa zu sichern

2 - 3 Kummer um die verlorene Macht 78

Zum vermeintlichen Fortschrittsfanatismus der C-Parteien

Von W.E. Schröder

4 Das "andere" Spanien 37

Korrektur eines Geschichtsbildes - Falange wird in Defensive gedrängt

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

"Ich glaube an die Einheit meines Volkes"
Beginn des Gesprächs mit Polen begrüßt
85 Prozent sprechen nur mangelhaft deutsch
Bund der Mitteldeutschen bekundet Einverständnis
Marienfelde nahm 600.000 Flüchtlinge auf
Karlheinz Böhm 50 Jahre alt
Gerhart Hauptmann erneut im Fernsehen

MOSKAU-WARSCHAU-BONN

G.M. - Eines der wichtigsten Ereignisse in der 100tägigen Regierungszeit der Regierung Brandt/Scheel ist die erfolgreiche EWG-Gipfelkonferenz in Den Haag. Aber allzu leicht gerät dieses Ereignis in Vergessenheit, weil parallel hierzu die Bundesregierung eine wachsende Aktivität in Richtung Osten entwickelt. Dadurch hat die Regierung Brandt/Scheel deutlich gemacht, wie sehr sie bestrebt ist, durch deutsche Initiativen den Graben schließen zu helfen, der immer noch Ost und West in Europa voneinander trennt.

Zurzeit wird in M o s k a u intensiv darüber gesprochen, ob der Abschluß eines Gewaltverzichtsabkommens zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion möglich ist. In W a r s c h a u werden deutsche Diplomaten morgen mit ihren polnischen Kollegen das gleiche Thema erörtern. Sicher wird man in Warschau und Moskau zu werten wissen, welche Bedeutung das zeitliche Zusammentreffen beider Gespräche für die weitere Entwicklung Europas haben kann.

Ob bald Ergebnisse zu erwarten sind, ist noch ungewiß. In Warschau muß davon ausgegangen werden, daß Polen in der Regelung des Problems der Oder-Neiße-Grenze eines der wichtigsten Anliegen der nationalen Sicherheit dieses in vielen leidvollen Jahren schwer geprüften Volkes erblickt. Man wird sehen, ob von polnischer Seite die Lösung dieses Problems als Bedingung für Gespräche über weitere deutsch-polnische Fragen betrachtet wird, oder ob zunächst durch einen allgemeinen Gedankenaustausch der Dialog eröffnet werden kann.

Ziel der deutschen Politik auch bei den Gesprächen in Warschau ist es, die bisherige Konfrontation zwischen Deutschen und Polen in eine Kooperation zu wandeln. In Warschau kann man gewiß sein, daß das polnische Streben nach nationaler Sicherheit von der Bundesregierung und ohne Zweifel von der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes anerkannt wird. Gerade deswegen legt die Bundesregierung größten Wert darauf, daß im Rahmen eines Abkommens über Gewaltverzicht und im Blick auf eine erfolgreiche europäische Sicherheitskonferenz die Integrität Polens gewährleistet wird.

25 Jahre nach dem Zusammenbruch des Hitler-Reiches wächst im deutschen Volk von Tag zu Tag die Erkenntnis, daß der Friede in Europa für a l l e Völker nur gesichert werden kann, wenn es möglich ist, mit Hilfe p r a k t i s c h e r Politik das permanent gewordene Mißtrauen in ein Verhältnis des gegenseitigen Verstehens zu wandeln. Dies ist im Westen insoweit gelungen, als man hier nicht mehr von "Erbfeinden" spricht, sondern in vertrauensvoller Zusammenarbeit die Fundamente Europas sichert und ausbaut. Dieser Prozeß begann ohne sogenannte endgültige juristische Fixierungen. Er führte über den Weg wirtschaftlicher Koordinierung zu politischen Gemeinsamkeiten. Warum sollte dies trotz unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Systeme nicht auch nach dem Osten hin möglich sein?

Neue Generationen stehen vor neuen Aufgaben. Die Vergangenheit ist gewiß nicht vergessen; sie darf nicht vergessen werden, um immer als Warnung vor uns a l l e n zu stehen. Aber gerade deswegen bieten sich diesen neuen Generationen neue Chancen. Militärisches Machtdenken ist im Zeitalter ferngesteuerter Raketengeschosse längst überholt. Wir alle werden lernen müssen, wie wir miteinander auskommen können.

+ + +

Kummer um die verlorene Macht

Zum vermeintlichen Fortschrittsfanatismus der C-Parteien

Von W.E. Schröder

Während der zwei Jahrzehnte, in denen CDU/CSU die Marschrichtung auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet bestimmte - korrekt müßte es heißen: bestimmten, denn je nach Bedarf ist es bald eine Partei, bald sind es zwei Parteien - hat die Öffentlichkeit wohl nie so forsche, fast könnte man sagen, mutige und beinahe fortschrittliche Vorschläge, Ratschläge und Anträge erlebt wie jetzt, da die Macht fehlt, diese Vorschläge zu verwirklichen. Vor den jüngsten Bundestagswahlen aber war diese Macht doch noch in den Händen der jetzt so reformfreudigen, fortschrittsbesessenen Politiker! Das Fiasko ihrer damaligen Wirtschafts- und Finanzpolitik ist vergessen, als hätten sie allesamt Lethe getrunken, und die sozialpolitischen Vorschläge gehen sogar über das hinaus, was der schon unter Druck zusammengepreßte Staatshaushalt gerade noch bewältigen kann.

Die finanz- und wirtschaftspolitische Vernunft, die man von den neuen, dafür verantwortlichen Ministern tagtäglich in schärfster Tonart fordert, oft gleich in einen umfangreichen Strauß gebündelt, hat bei jenen weitreichenden Forderungen bestimmt nicht Parteigestanden. Niemand wird von der SPD annehmen, sie stemme sich gegen eine Aufbesserung der sozialen "Marktlage", doch wenn nun die Opposition die neue Bundesregierung auf diesem Sektor links überholen möchte oder zumindest diesen Anschein zu erwecken versucht, muß man sich fragen: zu welchem Zweck?

Umso kräftiger tritt die Opposition dort auf die Bremse, wo im Interesse des gesamten deutschen Volkes, also auch der Deutschen in der DDR, eine gewisse Gemeinsamkeit unseren berechtigten Ansprüchen stärkeres Gewicht verliehen könnte, anstatt bei Ulbricht den Eindruck hervorzurufen, sogar in der Bundesrepublik gäbe es zwei Staaten: einen, der ehrlich die Entspannung sucht, und den anderen, der sich diesem Versuch entgegenstemmt, wozu ihm jedes Mittel recht erscheint.

Man soll gewisse Dinge nicht als bloße Randerscheinungen abtun: Tag um Tag prasselt Maschinengewehr- und Einzelfeuer auf die Bundesregierung hernieder. Da hat der Sprecher der CDU-Landtagsfraktion in Düsseldorf Gift und Galle gespien gegen zwei Anzeigen der Landesregierung in der Tagespresse und die Veröffentlichung als "Selbstreklame" für die Bundesregierung und Vergeudung von

Steuermitteln bezeichnet. Es wäre vielleicht interessant, wenn die in zwei Jahrzehnten von der Adenauerregierung und ihren Nachfolgern massenweise zum Lobe ihrer Politik veröffentlichten Anzeigen summiert würden. Da kämen nicht nur einige bescheidene Millionen, sondern erstaunlich hohe Beträge zusammen - aber das ist natürlich etwas ganz anderes, nicht wahr? Die Heuchlerei wird noch deutlicher, wenn man errechnen wollte, wieviel Studienplätze wohl tatsächlich für den Betrag von zwei Zeitungsinseraten geschaffen werden könnten. Das Ergebnis wäre umso lächerlicher, als wir den Bildungsnotstand und seine verheerenden Folgen denselben Parteien verdanken, die sich nach der Wahlniederlage so intensiv mit Worten um das Wohl der Studenten kümmern.

Zieht man aus den täglichen Angriffen von CDU und CSU gegen die Bundesregierung ein vorläufiges Fazit, so läßt sich unschwer erkennen, daß es hier nicht um die politische Entdeckung des solange vernachlässigten Fortschritts ("Keine Experimente!") geht, sondern es ist der Kummer um die verlorene Macht, die es mit allen, aber wirklich allen Mitteln wiederzuerlangen gilt. Als Hebel sollen die demnächst fälligen Kommunal- und Landtagswahlen dienen, obwohl Landtags- und Kommunalwahlen noch nie ein zuverlässiges Barometer für die weite politische Landschaft waren, da es hier immer noch oft genug um Regional- oder Lokalinteressen geht und nicht um das große Ganze.

Sicherlich wird das Bild nach diesen Wahlen manche Veränderung aufweisen, sowohl nach der positiven als auch nach der negativen Seite. Die Gebietsreformen bringen zweifelsohne erhebliche Verschiebungen mit sich; schon allein die Neueinteilung der Wahlkreise in den kürzlich gebildeten Großgemeinden könnte zu manchen, nach außen hin schwer erkennbaren, Manipulationen verlocken, und daher sollten hier die Parteien besonders wachsam sein. Die SPD hat gerade auf kommunalpolitischem Gebiet handfeste Fortschritte vorzuweisen. Mehr oder minder gute Reden, mit denen CDU und CSU die neue Bundesregierung aus dem Sattel zu heben bestrebt sind, sind solange in den Wind gesprochen, als die Opposition nicht offen eingesteht, daß es sich um eigene Versäumnisse und Fehler handelt, deren Folgen nicht durch Worte, sondern durch eine realistische Politik beseitigt werden müssen.

Das gilt für die Kommunalpolitik genauso wie für die große Politik, nur mit dem Unterschied, daß die Opposition in ihrer starren Anti-Haltung auch dort jede Gemeinsamkeit vermissen läßt, wo sie zugunsten der angeblich von ihr angestrebten Wiedervereinigung auf den Rückfall in den Kalten Krieg verzichten müßte.

+ + +

Das "andere" Spanien -----

Korrektur eines Geschichtsbildes - Falange wird in Defensive gedrängt

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Die landläufige Vorstellung, die Spanier hätten sich während des Zweiten Weltkrieges nur mit dem Deutschland Hitlers identifiziert, wird jetzt radikal abgebaut. Das "andere" Spanien, das auf Seiten der Alliierten stand, war bis jetzt unbekannt geblieben.

Nur die lauten Jahresfeiern der "Blauen Division" zur Erinnerung an die "Waffenbrüderschaft im Kampf gegen den Bolschewismus", die Gedenkmessen für Hitler und Mussolini machten bisher Schlagzeilen. Die Falange-Propaganda hütete sich, den Spaniern gegenüber einzugestehen, daß viele ihrer Landsleute auf der "anderen Seite" kämpften, weil sie auch nach der Bürgerkriegs-Niederlage weiter an ihren demokratischen und republikanischen Idealen festhielten. Die neue Regierung, von versöhnlichen Reformern und wertfrei urteilenden Technokraten geführt, korrigiert jetzt das Geschichtsbild der letzten 30 Jahre.

Die den Reformern nahestehende Madrider Zeitung "Nuevo Diario" - heute schon fast ein Regierungsorgan - enthüllte, daß in der britischen Armee Hunderte von spanischen Bürgerkriegs-Flüchtlingen kämpften und an den Schlachten von Narvik bis El Alamein teilnahmen. Über 400.000 Spanier waren 1939 nach Frankreich geflohen. Im Zweiten Weltkrieg standen ungefähr 10.000 von ihnen in den Reihen der französischen "Résistance", der französischen Armee, aber auch in der Fremdenlegion. Ein bisher unbekanntes Kuriosum: Der deutsche Oberbefehlshaber General von Choltitz wurde bei der Kapitulation von Paris am 24. August 1944 von einem Spanier in französischer Uniform entwaффnet; es war Antonio Gutiérrez aus der spanischen Extremadura.

Dieses Widerstands-Bewußtsein kehrt sich jetzt gegen die Falange. Die verbotenen "Arbeiterkommissionen", die bisher nur hektografierte Flugblätter mit schlecht lesbaren Texten herausgaben, scheinen einen Geldgeber und Drucker gefunden zu haben. In den Madrider Arbeitervierteln tauchten in jüngster Zeit Tausende von doppelseitig bedruckten Flugblättern auf, in denen es hieß:

- "Einigkeit, Freiheit - für eine freie Gewerkschaft und eine
- Universität des Volkes!
- * Arbeiterkommissionen ja! - Syndikatsgesetz nein!"

Die Falangisten werden verunsichert und in die Defensive getrieben. Das Syndikatsorgan "Pueblo" sagte voraus, die Opposition von morgen sei die Regierung von gestern.